

# ASF aktuell



**ERFOLGREICH** ASF-Landesdelegiertenkonferenz in Freiburg ab Seite 2

**REFORMBEDÜRFTIG** Landtagswahlrecht ab Seite 4

**INAKZEPTABEL** Gewalt gegen Frauen ab Seite 7

## SCHWERPUNKTTHEMA: GEWALT GEGEN FRAUEN

ABER AUCH LANDESKONFERENZ, LANDTAGWAHLRECHT, KOMMUNALWAHLRECHT



Liebe politisch-interessierte Frauen,  
liebe Leserinnen und Leser,  
am 1. Dezember haben wir die erste Kerze am Adventskranz entzündet. Ein Symbol für das Licht, das die "dunkle Welt" erleuchten soll. In der Tat braucht es an vielen Stellen dieser Welt Erleuchtung. Nicht von ungefähr kommt das Schwerpunktthema dieses Heftes "Gewalt" in der letzten Ausgabe dieses Jahres. Am 25.11. haben sich die SPD-Frauen mit der erneuten Beteiligung an der Fahnenaktion von Terre des Femmes mit allen von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen solidarisch erklärt. Zeichen setzen, die Öffentlichkeit sensibilisieren ist das Eine. Rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen versuchen zu verändern ist das Andere. So fordert die ASF schon länger, dass der § 177 StGB so reformiert wird, dass die Opfersicht bzw. der Opferschutz gestärkt werden. Unser Antrag wurde beim Landesparteitag mit großer Mehrheit angenommen. Wir werden genau verfolgen, wie ernsthaft diese

Gesetzesänderung vorangetrieben wird und begrüßen ausdrücklich die Unterschriftenaktion von Terre des Femmes hierzu

(<http://frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/fahnenaktion/fahnenaktion-2013/unterschriftenaktion>).

Ende Oktober fand unsere LDK mit Neuwahlen statt. Es ist mir ein Anliegen, mich bei allen Beteiligten für einen durch und durch gelungenen Tag zu bedanken. Mit einem verjüngten und inhaltlich hervorragend aufgestellten Team nehmen wir die nächsten beiden Jahre in Angriff. Für Mitte März haben wir ein Klausurwochenende in einem Naturfreundehaus am Bodensee eingeplant. Dort werden wir gemeinsam sehen, was "brennt" und welche weiteren Schwerpunkte wir setzen werden.

Eines ist indes gewiss: die ASF in Baden-Württemberg ist alles andere als leise. Wir werden auch weiterhin wichtige Impulsgeberinnen für die Partei sein; die Themen geschlechtergerechte Beteiligung im Allgemeinen und Wahlrechtsänderungen im Besonderen werden wir weiter

### IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1
Landesdelegiertenkonferenz	Seite 2-4
Landtagswahlrecht	Seite 4-5
Pressemitteilung	Seite 6
Kommunalwahlrecht	Seite 6-7
Gewalt gegen Frauen	Seite 7-8
Frauenhäuser	Seite 8-9
Internationaler Gedenktag	Seite 9
Dies und das	Seite 9-10
Zum Vormerken	Seite 10
Alle Jahre wieder	Seite 11
Impressum	Seite 11

exponiert auf dem Schirm haben. Und das nicht nur, weil die Kommunalwahlen vor der Tür stehen. Zu diesen wird es übrigens wieder Seminarangebote gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung geben. Nicht, dass Frauen mehr Schulung nötig hätten als Männer. Aber viele Frauen fühlen sich sicherer, wenn Sie sich Unterstützung holen können; diesem Bedürfnis wollen wir begegnen.

Dass auch die ASF die mögliche Große Koalition umtreibt, versteht sich von selbst. Da wir Respekt vor den unterschiedlichen Meinungen zu diesem Thema haben, wird es von uns keine offizielle Verlautbarung hierzu geben. Wir sehen auch die Empfehlung unserer Bundesvorsitzenden Elke Ferner kritisch. Bei allen unterschiedlichen Meinungen und Wahrnehmungen sollten wir uns dessen bewusst sein, dass es eine SPD nach dem Mitgliederentscheid geben wird. Es ist mir deshalb ein großes Anliegen folgenden Appell loszuwerfen: Bedenkt bei euren Argumenten eure Wortwahl und bewegt euch auf der sachlichen Ebene. Niemand ist ein besserer oder schlechterer Mensch, weil er sich für oder gegen die große Koalition ausspricht. Beide, Befürworter und Gegner, haben Gründe und mal mehr, mal weniger gute Argumente. Aber, egal wie das

Ergebnis sein wird: wir alle müssen ab dem 15.12. wieder miteinander umgehen, uns wieder in die Augen schauen können. (Es sei denn, die Unterlegenen treten aus der SPD aus.) Respekt vor den politisch Andersdenkenden ist für mich das Gebot der Stunde. Ein Mitgliederentscheid sollte unsere Partei bereichern, sie nicht zerreißen.

Grund zur Freude gibt es über die Entscheidung der Partei, die nächste ASF-Bundeskonferenz vom 20.-22.06.2014 in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

Auch wenn der Termin etwas unglücklich am Ende der Pfingstferien und nach einem Feiertag liegt, sind wir dennoch glücklich, dass die Überzeugungsarbeit aus Baden-Württemberg, insbesondere die von Evelyne Gebhardt und Dr. Claudia Schöning-Kalender letztlich gefruchtet hat.

Liebe Frauen, die ASF wünscht euch ruhige Feiertage und einen guten und vor allen Dingen gesunden und zuversichtlichen Start ins neue Jahr.

Wir sehen uns!

Anette Sorg  
ASF-Landesvorsitzende

## LANDESDELEGIERTENKONFERENZ

ERFOLGREICH, VERJÜNGT UND INHALTLICH STARK!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) in Baden-Württemberg konnte auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz in Freiburg auf zwei erfolgreiche Jahre zurückblicken. Es wurde deutlich: Die Frauen bewegen die Partei!

Bewegung hatte die Partei nötig. Nach wie vor ist das öffentliche Erscheinungsbild der Partei stark männlich dominiert. Das liegt auch daran, dass vor allem der Frauenanteil bei den Mandatsträger\*innen auf allen politischen Ebenen gering ist. Um dies zu ändern, forderten die SPD-Frauen ein Reißverschlussverfahren bei der Aufstellung aller SPD-Listen und die Änderung des Landtagswahlrechts. Trotz großer Widerstände setzten sich die ASF-Anträge auf den Landesparteitagen durch und tragen damit unmittelbar dazu bei, mehr Frauen in Parlamente zu bekommen. Mit Stolz blickt die ASF deshalb auf die baden-württembergischen SPD-Abgeordneten des neu gewählten Bundestags – exakt die Hälfte sind weiblich!

Um diese Entwicklung auch auf der Landesebene fortzusetzen, sendete die ASF-Landesdelegiertenkonferenz ein deutliches Signal zu einer schnellstmöglichen Änderung des Landtagswahlrechts in Richtung der SPD-Landtagsfraktion. Es steht fest: Die SPD-Frauen werden eine Verzögerung der Wahlrechtsänderung nicht akzeptieren!

Mit dieser Erfolgsbilanz im Rücken wurde das bewährte Trio an der Spitze der ASF mit der Vorsitzenden Anette Sorg und den beiden Stellvertreterinnen Sonja Elser und Andrea Schiele für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Als Neuzugang im geschäftsführenden Landesvorstand

Evelyne Gebhardt MdEP



wurde Luisa Boos als Pressereferentin gewählt. Mit der Wahl der zehn Beisitzerinnen setzte sich der Trend der Verjüngung im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen fort und ist ein Signal für einen starken weiblichen Nachwuchs in der Partei.

Als Gastrednerinnen freuten sich die Delegierten über die inhaltlichen Impulse von zwei weiteren starken Frauen. Unter dem Motto „Europa – Nur mit Frauen stark“ sprach die langjährige Europaabgeordnete und mehrfache Europäerin des Jahres Evelyne Gebhardt, die mit großer Unterstützung der ASF auf dem jüngsten Landesparteitag erneut als Spitzenkandidatin der SPD Baden-

Württemberg für die Europawahl 2014 nominiert worden war. Über die UN-Frauenrechtskonvention referierte die Vorsitzende des Vereins Anwältinnen ohne Grenzen Jasmina Prpić und gab damit Einblick in den internationalen Kampf für die Gleichstellung von Frauen. Anette Sorg dankte Karin Schuster, Kerstin Rappsilber und Jutta Strobel, die nicht mehr für den Landesvorstand

kandidiert hatten, für die geleistete Arbeit. Ihr besonderer Dank galt Sabine Raetzl, langjähriges Mitglied der Antragskommission war, die ebenfalls nicht mehr kandidiert hatte und mit einem Blumenstrauß verabschiedet wurde.

## WAHLERGEBNISSE

### Landesvorstand:

#### Vorsitzende:

Sorg, Anette

#### Stellvertreterinnen:

Elser, Sonja

Schiele, Andrea

#### Pressereferentin:

Boos, Luisa

#### Beisitzerinnen:

Heer, Martina

Kirgiane-Efremidis, Stella

Merten, Renate

Peter, Angelika

Rosahl-Theunissen, Hanna

Sawade, Annette

Dr. Schöning-Kalender, Claudia

Stallecker, Marie-Luise

Streicher, Clara

Tröndle, Susanne

### Delegierte zum ASF-Bundesausschuss:

Elser, Sonja

Sorg, Anette

### Ersatzdelegierte zum ASF-Bundesausschuss:

Boos, Luisa

Schiele, Andrea

### Antragskommission:

Ankner, Heidi

Bailer, Brigitte

Braun, Kirsten

Distler, Katrin

Schanz, Ulrike

Schuster, Karin

Schweizer, Barbara

### Bundesdelegierte:

Becker, Cordula

Boos, Luisa

Carl, Uschi

Elser, Sonja

Henschel, Rebekka

Kirgiane-Efremidis, Stella

Raetzl, Sabine

Sawade, Anette



Anette Sorg (links) verabschiedet Sabine Raetzl

Schiele, Andrea

Schöning-Kalender, Claudia

Sorg, Anette

Stallecker, Marie-Luise

Streicher, Clara

Tröndle, Susanne

Wertheim-Schäfer, Ursula

### Ersatzdelegierte:

Bailer, Brigitte

Peter, Angelika

Rosahl-Theunissen, Hanna

Fiebig, Silvia

Merten, Renate

Heer, Martina

Ihrig, Jana

Schuster, Karin

Schanz, Ulrike

Schweizer, Barbara

Ankner, Heidi

Braun, Kirsten

Fitz, Anita

Hertenstein, Dorothea

Monsees, Brigitte

Kottmann, Heide

Lisson, Rosemarie

Feld, Petra

## BESCHLÜSSE

Alle Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz finden sich unter  
<http://spdnet.sozinfo/bawue/asfbawue/dl/Beschluesse.pdf>

# LANDTAGSWAHLRECHT

## ASF FORDERT UMSETZUNG DES PARTEITAGSBESCHLUSSES EIN

Auf dem Landesparteitag in Reutlingen wurde mit einer deutlichen Mehrheit die Änderung des Landtagswahlrechts in ein Listenwahlrecht beschlossen. Welche Art von Liste (eine Landesliste oder mehrere regionale „kleine Landeslisten“) war bewusst nicht im Antrag enthalten. Damit sollten der Landtagsfraktion Spielräume zur Ausgestaltung des Gesetzes gelassen werden. Das Ganze gründet auf der Vereinbarung im Koalitionsvertrag, an dem die Landtagsfraktion mitgewirkt und den sie mitgezeichnet hat. Der Beschluss fordert ein, dass der Koalitionsvertrag an dieser Stelle umgesetzt werden soll- und zwar noch innerhalb dieser Legislaturperiode. Es ist inzwischen auch Einiges hierzu passiert – allerdings wenig davon im Sinne des Beschlusses des Landesparteitags!

Schon im Vorfeld des Beschlusses hat es in der Landtagsfraktion eine „Probeabstimmung“ zur Liste gegeben. Dort war eine deutliche Mehrheit gegen die Einführung eines Listenwahlrechts. Inzwischen gab es wohl eine ähnliche Abstimmung in der Fraktion der Grünen, ebenfalls mit einer Mehrheit gegen die Listenwahl. Den Argumenten, die als Begründungen genannt wurden, soll hier begegnet werden:

1. Beim aktuellen Wahlrecht werden Kandidatinnen bzw. Kandidaten dann ins Parlament gewählt, wenn sie ein gutes Wahlergebnis vor Ort erzielen.

Antwort:

Hier kommt es bei dem aktuellen Wahlrecht schon zu Verwerfungen zwischen den Regierungsbezirken. Also ist es beim geltenden Wahlrecht schon so, dass das prozentuale Ergebnis alleine nicht über den Einzug in den Landtag entscheidet. Dennoch können natürlich gute Wahlergebnisse vor Ort dazu beitragen, dass insgesamt mehr Abgeordnete über die Liste gewählt werden.

2. Die Gremien vor Ort entscheiden, wer aufgestellt wird und keine weitere innerparteiliche Instanz „sortiert“ die Kandidatinnen und Kandidaten. Dies ist eine starke und machtvolle Rolle der Gremien vor Ort und motiviert die/den örtlichen Kandidaten/in sich vor Ort zu engagieren. Sollte eine Wahl von der Platzierung auf einer Landesliste abhängen, bekommt das „networking“ auf Landesebene ein höheres Gewicht als die wichtige und wertvolle Arbeit der/des Kandidatin/Kandidaten im Wahlkreis

Antwort:

Die Kandidat/innen werden auch jetzt schon vor Ort durch die Mitglieder (und nicht durch Gremien) per

Wahlen nominiert. Das wird sich auch nicht ändern. Die „weitere innerparteiliche Instanz“, die dann Listenplätze vorschlagen wird, sind demokratisch von eben dieser Basis gewählt und entsandte Vertreter/innen. Die Annahme, eine darauf-



Andrea Schiele

folgende Reihung durch diese "innerparteiliche Instanz" motiviere die Kandidat/innen weniger, sich vor Ort zu engagieren, bedeutet doch im Umkehrschluss, dass Kandidierende auf Listen nicht vor Ort motiviert und engagiert arbeiten würden. Am Beispiel vieler Bundestagsabgeordneten lässt sich ja wohl klar das Gegenteil darstellen. Die Erfahrung zeigt, dass es eine Frage der Einstellung und des Engagements der jeweiligen Personen ist und nicht eine Frage der Art und Weise der Nominierung, ob sich Kandidat/innen bzw. Abgeordnete vor Ort engagieren. Diese pauschale Einteilung in basisnah und daher engagiert oder basisfern und daher desinteressiert, lässt sich also widerlegen. Es gibt landauf landab sowohl vor Ort sehr engagierte Landtags- als auch Bundestagsabgeordnete wie auch das Gegenteil. Dass die Arbeit der Abgeordneten vor Ort wichtig ist, bestreitet niemand. Ein direkter Zusammenhang zum Nominierungsverfahren lässt sich aber nicht darstellen.

3. Die Änderung des Wahlrechts zu einem Listenwahlrecht könnte zukünftig den Willen der Wählenden ab absurdum führen, indem ein Wahlkreis mit schlechterem Ergebnis eine/n MdL ins Parlament schickt, während ein anderer Wahlkreis mit besserem Wahlergebnis leer ausgeht.

Antwort:

Hier wird zunächst auf die Antwort zur 1. Hypothese verwiesen. Weitere Vorteile einer Liste:

- Spitzenkandidaturen können ohne Umzug des/der Kandidaten/Kandidatin in einen „aussichtsreichen“ Wahlkreis benannt werden

- Schwerpunktthemen, regionale Belange oder andere strukturelle Ansätze können berücksichtigt werden.

Denn auch wenn sich Fraktionen aus einzelnen Mitgliedern zusammensetzen, so sind sie doch auch SPD Fraktion. Diese hat einen engen Bezug zur Partei, die Beschlüsse hat und diese auch inhaltlich in der Fraktionsarbeit vertreten sehen will. Es liegt also auch im Interesse der Parteien ein Listenwahlrecht umzusetzen.

4. Das aktuelle Wahlverfahren stärkt eine möglichst direkte Mitbestimmung der Gremien vor Ort. Gerade jetzt, wo in vielen Bereichen mehr direkte Bürgerbeteiligung praktiziert wird, würde eine Umstellung auf ein Listenwahlverfahren ein Signal in die falsche Richtung setzen.

Antwort:

Hier wird auf die jüngsten Beschlüsse und Satzungsänderungen der SPD hingewiesen (Reißverschluss) Dieses auch nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass wir in steigender Tendenz die Stimmen von Frauen verloren haben. Somit wäre für unsere Glaubwürdigkeit eine Umstellung auf ein Listenverfahren ein Signal in die richtige Richtung.

5. Die Änderung des Landtagswahlrechts ist nur mit einer 2/3 Mehrheit möglich. Zudem wurden umfassende Veränderungen, die die parlamentarischen Strukturen in Baden-Württemberg betreffen, traditionell nicht gegen den Willen der Opposition umgesetzt. Als Beispiel wird dann die letzte Wahlkreisreform unter der CDU/FDP Regierung angeführt.

Antwort:

Falsch! Es reicht eine einfache Mehrheit, um das Landtagswahlrecht zu ändern. Und nochmal falsch! Nur bei dem genannten Beispiel wurde die Opposition einbezogen. Bei keiner der vorherigen Änderungen wurde Rücksicht auf die Bedenken und Einwände der Opposition genommen. Von einer Tradition kann also mitnichten die Rede sein!

Wie gesagt, diese Äußerungen gab es bereits vor dem Parteitagbeschluss. Bevor dann nach dem Parteitag parteiintern geklärt werden konnte, wie der Beschluss und die hiervon abweichende Haltung der Fraktion dennoch in ein Gesetzgebungsverfahren münden können, kam es dann zu folgender Nachricht in den Medien: „Die Verhandlungen mit der CDU zu einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung seien erfolgreich abgeschlossen.“ Der Fraktionsvorsitzende der CDU verkündete auf der Pressekonferenz hierzu: Der Deal stehe, die CDU stimme der Ausweitung der Bürgerbeteiligung zu, im Gegenzug werde die Regierung keine Änderung des Landtagswahlrechts in dieser Legislatur mehr einführen. Von keiner der beiden Regierungsfractionen ist hierzu ein öffentlicher Widerspruch erfolgt, so dass wir folgern müssen, dass

zumindest in der Verhandlungsgruppe dies so besprochen wurde. Wir Frauen lassen uns aber nicht gegen mehr Bürgerbeteiligung ausspielen! Beides ist wichtig und gehört umgesetzt! Innerparteilich wurde auf Landesebene eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um auf dem Weg für mehr Vertretung von Frauen im Landtag voran zu kommen. In der Arbeitsgruppe sind Mitglieder des Landesvorstands und der Fraktion vertreten, die ASF wird das Ganze inhaltlich eng begleiten.

Aber es braucht mehr! Wir Frauen in Baden-Württemberg müssen nun überall deutlich machen, dass wir 52 % der Bevölkerung vertreten und 18,5 % Frauenanteil im Landtag daher inakzeptabel sind. Dass wir die in anderen Bundesländern längst üblichen Listenwahlen einfordern – und zwar jetzt! Wir müssen öffentlichen Druck aufbauen damit die Regierungskoalition sich nicht entspannt auf ihren Fraktionsmehrheiten zurücklehnen kann und meint, sie müssten dann auch nichts ändern. Wo immer wir sind, wo immer sich die Gelegenheit ergibt: Wir müssen auf unsere örtlichen Landtagsabgeordneten zugehen und ihre Position hierzu diskutieren. Und sie müssen vor Ort den Unmut der Frauen erfahren. Wir müssen unbequem sein. Nur dann werden wir hier noch in dieser Legislatur voran kommen. Die SPD hat für ihre Nominierungen das Reißverschlussverfahren beschlossen. Das geschah auf Grund der Einsicht, dass sich nur darüber der Frauenanteil in Parlamenten gesichert erhöhen lässt. Dieses Verfahren kann aber nur über Listen greifen. Über Parlamente hinaus fordern wir Frauenquoten bis in die Wirtschaft hinein. Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit der SPD bei der Forderung um mehr Chancengerechtigkeit und mehr Teilhabe von Frauen mit der konsequenten Umsetzung der Parteibeschlüsse. Wir haben neben einer Pressemeldung, die ihr auf unserer Homepage findet, auch eine Aktion auf facebook gestartet – diese findet ihr hier:

<https://www.facebook.com/pages/Mehr-Frauen-und-mehr-Beteiligung/1429625710582882?ref=hl>

Weitere Reaktionen und Aktionen von anderen Verbänden findet ihr hier:

- a) <http://www.lfrbw.de/2013/11/einstimmig-delegiertenversammlung-des-landesfrauenrats-fordert-reform-des-landtagswahlrechts/>
- b) Pressemitteilung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg vom 26. November 2013: Aufruf an die Regierungsparteien: Chance zur geschlechtergerechten Landtagswahlrechtsreform nicht verstreichen lassen! Quotierte Listenregelung ist unumgänglich! (leider noch nicht auf der homepage)

Andrea Schiele  
Stellv. ASF-Landesvorsitzende

## PRESSEMITTEILUNG

### SPD-Frauen einig: Mehr Frauen und mehr Bürgerbeteiligung!

Mit großer Verärgerung hat die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und weitere Frauen der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesvorstands der Presse entnommen, dass die Reform des Landtagswahlrechts dem Ausbau der Bürgerbeteiligung geopfert werden soll. Die SPD-Frauen stehen geschlossen für die Wahlrechtsänderung ein, um den Frauenanteil im Landtag zu erhöhen und für breite und bessere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Sie erteilen dem "Pakt" der Landtagsfraktionen Frauenrechte den Bürgerrechten zu opfern eine deutliche Absage.

Die SPD hat klare Beschlusslagen, sowohl zur Wahlrechtsänderung als auch zu mehr Bürgerbeteiligung. Die Reform des Landtagwahlrechts gilt es gemeinsam mit den Grünen zügig umzusetzen, dazu braucht es keinen Pakt mit der CDU. Für die unterzeichnenden SPD-Frauen ist die Trennung der Themen Wahlrechtsreform und Bürgerbeteiligung selbstverständlich. Die Fraktionen von SPD und Grüne werden deshalb erneut dazu aufgefordert, mit ihrer Mehrheit im Landtag das Landtagwahlrecht noch in dieser Legislaturperiode zu ändern und den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürgern getrennt davon mit der Opposition zu vereinbaren und umzusetzen. Die von der CDU angekündigte Verknüpfung der beiden Themen erweckt

nach Meinung der SPD-Frauen nur den Eindruck, dass Teile der Landtagsfraktion Parteitagebeschlüsse nicht in politisches Handeln überführen wollen und entlässt die Oppositionsparteien aus der Pflicht, sich ohne unredliches Eigeninteresse deutlich zu mehr Bürgerbeteiligung zu bekennen. Für die SPD-Frauen ist klar, dass ihre Partei entschlossen für Frauen- und Bürgerrechte gleichermaßen eintreten muss.

Unterzeichnerinnen:

ASF-Landesvorstand Baden-Württemberg • Leni Breymaier, stellv. Landesvorsitzende • Hilde Mattheis MdB, stellv. Landesvorsitzende • Sabine Wölfle MdB, Sprecherin für Frauen und Gleichstellungspolitik der SPD-Landtagsfraktion • Gabi Rolland MdB, Mitglied des SPD-Landesvorstands • Daniela Harsch, Mitglied des SPD-Landesvorstands • Saskia Esken MdB, Mitglied des SPD-Landesvorstands • Annette Sawade MdB, Mitglied des SPD-Landesvorstands • Rebecca Hummel, Mitglied des SPD-Landesvorstands • Dr. Claudia Schöning-Kalender, Mitglied des SPD-Landesvorstands • Katrin Altpeter MdB, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren • Ute Vogt, Mitglied im SPD-Parteivorstand

## KOMMUNALWAHLRECHT

### REISSVERSCHLUSS BRINGT FRAUEN EINEN GROSSEN SCHRITT WEITER

In einigen Kreis- und Ortsverbänden haben die FAQ zur Aufstellung der Kommunalwahllisten in den letzten Wochen nochmal intensive Diskussionen zur Umsetzung der Quote und des Reißverschlussverfahrens geführt.

Mit der Verabschiedung des Reißverschlussverfahrens haben wir Frauen nicht alles erreicht, was frauenpolitisch sinnvoll und wünschenswert gewesen wäre. Daher blieb es trotz Reißverschluss für Listenaufstellungen bei einer 40 % Geschlechterquote (logisch wären ja 50 %) und wir sahen auch keinen Weg durchzusetzen, dass Plätze frei bleiben bis sie entsprechend dem fehlenden Geschlecht besetzt werden können (harte Quote). Dennoch sehen wir im Reißverschlussverfahren einen großen Erfolg und auch einen Fortschritt.

Zum einen ist es fast nicht mehr möglich noch Listen aufzustellen, bei denen auf den vorderen Plätzen alle Männer und auf den hinteren die Frauen zu finden sind. Niemand wird ernsthaft und glaubhaft darstellen können, dass gar keine oder nur einzelne Frauen auf die vorderen Plätze wollten. Und selbst wenn es jemand versuchen sollte, haben die Frauen auf Grund der Tatsache, dass nicht besetzte Frauenplätze in der Versammlung einzeln aufgerufen und Frauenkandidaturen als erstes abgefragt werden müssen, die Möglichkeit dort zu kandidieren. Hier

sehen wir die Frauen gestärkt und damit auch eine Verbesserung für die Frauen.

Ja in den FAQ stehen die Möglichkeiten, die es gibt, wenn bei Listenaufstellungen nicht genug Frauen kandidieren. Das mag sich in der Summe wie ein Verhinderungsleitfaden lesen. Die Idee ist aber vielmehr in der Einführungsphase dort, wo sich Parteistrukturen tatsächlich schwerer tun, ausreichend Frauen auf die Listen zu bekommen, das Verfahren zu klären, damit sie die Listen füllen können. Wie gesagt, wir haben kein Verfahren, das die Plätze freihält bis entsprechende Kandidaturen vorliegen. Das schafft zumindest für alle Sicherheit, was die Abläufe betrifft und die Frauen geraten vor Ort nicht so leicht unter Druck, dass doch alles ganz einfach wäre, wenn sie nicht kandidieren würden.

Von der ASF aus wollen wir das Verfahren und den Kommunalwahlkampf intensiv begleiten. Zum einen heißt das, dass wir gerne überall hinkommen und Unterstützung in der Werbung von Frauen anbieten. Desweiteren erfolgt über das Mentoringprogramm und die Kampagne "Deine Kommune braucht dich" gezielte Möglichkeiten, Frauen zu motivieren sich für Kandidaturen bereit zu erklären. Die ASF plant im Frühjahr wieder in allen 4 Regierungsbezirken ein Tagesseminar zur gezielten Vorbereitung der Frauen auf

die Kommunalwahlen. Inhalte sind unter anderem die eigene Präsentation, Auftreten, Körpersprache, Image und passgenaue Botschaften, etc.

Auch nach der Wahl wird es nochmal eine Betrachtung brauchen, um den Frauenanteil auf den Listen auszuwerten und evtl. weitere Ansätze/Hinweise/Ideen für die nächste Kommunalwahl zu entwickeln.

Daneben bleibt noch viel zu tun. Neben der grundsätzlichen Bereitschaft für eine Kandidatur bei aussichtsreichen Plätzen werden Frauen durch viele weitere Faktoren "abgeschreckt": Sitzungsstrukturen, Redeverhalten, Zeitbedarf, Kinderbetreuung während der Sitzungszeiten und und und ...da ist zum einen noch Aufklärungsbedarf, denn für das eine oder andere gibt es schon Lösungen, die nur unzureichend kommuniziert

werden, zum anderen muss erst noch für das eine oder andere sensibilisiert werden.

Manch Einer wird unbelehrbar bleiben. Da haben auch wir keine Illusionen. Und da werden die Auseinandersetzungen fortauern. Aber wir sehen die Frauen mit dem Reißverschluss einen großen Schritt weiter gekommen, denn es hängt jetzt nicht mehr allein am Wohlwollen - oder eben dem fehlenden Wohlwollen, dass Frauen aussichtsreich kandidieren können und sicher auch werden.

Andrea Schiele  
Stellv. ASF-Landesvorsitzende

## GEWALT AN FRAUEN

### LANDESAKTIONSPLAN SOLL RECHTE DER FRAUEN STÄRKEN

Liebe Genossinnen,  
im Koalitionsvertrag von Union und SPD steht, dass wir Gewalt an Frauen und Kindern „konsequent bekämpfen und Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleisten“ werden. Auch die dort vereinbarten Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sind überfällig. Ziel ist es, Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser zu schützen und die Täter konsequenter zu bestrafen. Verurteilungen sollen künftig nicht mehr daran scheitern, dass das Opfer nicht aussagt. Zudem soll das Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der Prostitution umfassend überarbeitet und ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten sollen gesetzlich verbessert werden. Und wer die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzt, soll bestraft werden.

Mehr als 100 Jahre Kampf gegen Gewalt an Frauen in Deutschland hat leider noch längst nicht den erhofften Erfolg gebracht. Gewalt an Frauen ist immer noch ein Thema – und zwar ein erschreckend aktuelles. Auch Gewalt im häuslichen Bereich. 2012 war die Polizei in Baden-Württemberg täglich 19 Mal wegen häuslicher Gewalt im Einsatz. 6.916 Personen wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik als Opfer häuslicher Gewalt erfasst, 80 Prozent davon waren weiblich. Häusliche Gewalt ist für die betroffenen Frauen besonders tragisch, weil zu den Tätern ein besonders enges Vertrauensverhältnis besteht oder zumindest einmal bestand.

Dennoch: Natürlich hat sich viel getan im Kampf gegen Gewalt an Frauen. Heute steht den Opfern in Baden-Württemberg ein breites Hilfesystem zur Verfügung. 40 Frauen- und Kinderschutzhäuser und 68 spezialisierte Beratungsstellen für Frauen bieten ihnen und ihren Kindern Zuflucht und unterstützen sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte ebenso wie dabei, sich ein neues Leben jenseits gewalttätiger Strukturen aufzubauen. Eine sehr sinnvolle Ergänzung des Hilfesystems bietet seit März 2013 zudem das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“. Unter der Telefon-



Katrin Altpeter Mdl

nummer 08000 - 116 016 erhalten Betroffene rund um die Uhr eine kostenlose Erstberatung und werden bei Bedarf sofort in das lokale Hilfesystem vor Ort weitergeleitet.

Und wir kämpfen weiter - darum, dass Opfer von Gewalt noch besser unterstützt werden und darum, dass Frauen gar nicht erst zu Opfern werden. Erreichen wollen wir das durch einen eigenen Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen. Die Arbeit an diesem Landesaktionsplan läuft unter der Federführung des Sozialministeriums auf Hochtouren. Sie kommt so gut voran, dass er voraussichtlich bereits im Sommer 2014 vom Kabinett verabschiedet werden kann.

Bereits im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, dass wir mit einem landesweiten Aktionsplan die Rechte von Frauen stärken und Gewalt gegen sie offensiv bekämpfen wollen. Wir wollen die Täter in Verantwortung nehmen – noch häufiger als das heute gelingt. Und wir wollen zeigen, wie wir die bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangebote weiter verbessern können, etwa durch eine noch engere Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen.

Der Landesaktionsplan wird zurzeit zwischen den verschiedenen Ministerien und unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, der Landesärztekammer, der landesweiten Fachverbände des Frauenunterstützungssystems sowie Expertinnen und Experten

aus den Bereichen Behindertenhilfe und –selbsthilfe, Rechtsmedizin, Gesundheit, Sozialpsychiatrie, Suchthilfe, Jugendhilfe und Gleichstellung erarbeitet. In fünf interdisziplinären Facharbeitsgruppen werden Maßnahmenvorschläge zu den Themen „Finanzierung“, „Strukturen und Weiterentwicklungen“, „Interventionsketten“, „Prävention und Öffentlichkeitsarbeit“ sowie „Medizinische Intervention und verfahrensunabhängige Beweissicherung“ erarbeitet. Leitmotiv aller Überlegungen ist stets die Frage: Was hilft der betroffenen Frau? Ich bin sicher, dass der Landesaktionsplan uns im Kampf gegen Gewalt an Frauen einen ganz wesentlichen Schritt nach vorne bringen wird. Liebe Genossinnen, auch wenn ich mir eine Gesellschaft ganz ohne Gewalt wünsche, so weiß ich doch, dass dieser Wunsch wohl niemals Realität werden wird. Genau dieses

Wissen bestärkt mich aber auch darin, nicht einfach resigniert die Hände in den Schoß zu legen. Wenn wir Gewalt – und in unserer Gesellschaft ist Gewalt eben vor allem Gewalt von Männern an Frauen – schon nicht verhindern können, dann müssen wir zumindest sicherstellen, dass jedes Opfer genau die Unterstützung findet, die ihm in seiner Situation hilft. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit gegenüber denjenigen, die sich selbst nicht helfen können. Diese Überzeugung, denen helfen zu müssen, die dazu selbst nicht in der Lage sind, war immer schon ein Grundmuster der Politik der SPD.

Katrin Altpeter MdL

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

## FRAUENHÄUSER

### HÄUSLICHE GEWALT IST KEIN TABUTHEMA MEHR

Die ersten Frauenhäuser wurden in Deutschland Ende der 70er Jahre gegründet, heute gibt es allein in Baden Württemberg 40 Häuser und zahlreiche Beratungsstellen zu häuslicher Gewalt. Seit diesen Gründungsjahren hat sich das Land und hat sich die Gesellschaft verändert. Globalisierung und Zuwanderung, Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Erweiterung der EU, Internet und soziale Netzwerke wirken sich auf nahezu alle Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens aus. So auch auf die Arbeit der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen.

Häusliche Gewalt ist kein Tabuthema mehr. Sie ist gesellschaftlich geächtet, Vergewaltigung in der Ehe ist ein Straftatbestand, es gibt ein Gewaltschutzgesetz, das die Wegweisung des gewalttätigen Partners aus der gemeinsamen Wohnung ermöglicht und Stalking steht ebenfalls unter Strafe. Es macht den Eindruck, als lasse diese moderne, aufgeklärte und globalisierte Gesellschaft Gewalt gegen Frauen nicht mehr zu. Doch die Frauenhäuser sind nach wie vor voll belegt. Häusliche Gewalt geschieht weiterhin Tag für Tag, sie geschieht in der engsten persönlichen Beziehung, das bedeutet, sie geschieht dort, wo der Mensch am verletzlichsten und am abhängigsten ist, und sie funktioniert nach wie vor im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheit von Männern und Frauen und patriarchaler Machtausübung und Machtansprüche.

Wie die Gesellschaft so haben sich auch die Frauen verändert, die ein Frauenhaus für sich und häufig auch für ihre Kinder als Zuflucht wählen. Der Anteil zugewanderter Frauen hat zugenommen, dabei handelt es sich sowohl um zugewanderte Partnerinnen einheimischer

Männer als auch um Frauen aus Migrantenfamilien. Der Anteil Schutz und Hilfe suchender Frauen mit multiplen und schwerwiegenden Problemlagen hat ebenso zugenommen. Und nicht zuletzt hat sich auch die Sozialgesetzgebung in der Weise geändert, dass Frauen auf der Flucht vor häuslicher Gewalt häufig automatisch zur „Arbeitsuchenden“, weil Arbeitslosengeld II-Empfängerin werden.

Nach wie vor gibt es jedoch keinen Rechtsanspruch für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder auf Schutz und Zuflucht sowie Beratung und Unterstützung unabhängig von Einkommen, Wohnort und Aufenthaltsstatus. Eine verlässliche, bundesweit einheitliche Finanzierung ist auch in dem von SPD und CDU/CSU vorgelegten Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Und von der Implementierung bundesweiter Standards für die notwendige Ausstattung und fachliche Arbeit der Frauenhäuser, und damit von einem verlässlich finanzierten, bedarfsgerechten und barrierefreien Unterstützungssystem sind wir weit entfernt.

Auf Landesebene sollen nun mit dem Landesaktionsplan „Gewalt gegen Frauen“ wichtige Schritte unternommen werden. Hierzu gehören neben den Standards, der Finanzierung und dem Füllen von Lücken im Hilfesystem auch Überlegungen zu konzeptionellen Weiterentwicklungen in der Frauenhausarbeit. So stellt sich die Frage, ob die Anonymität des Frauenhauses heute noch in jedem Falle zeitgemäß ist. In kleinen Gemeinden ist sie ohnehin nicht zu gewährleisten, aber auch in der Großstadt kann ein Haus, das seit Jahrzehnten am selben Ort ist, nicht mehr geheim gehalten werden. Die Frage stellt sich also, wie ist Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, auch bei bekannter Adresse. Darüber hinaus ist dies durchaus auch ein politisches Thema, die Frauenhäuser aus der Anonymität in die Mitte der Gesellschaft zu holen – dahin, wo auch die Gewalt geschieht.

Vorbild für diese und andere auch in Baden Württemberg aktuell diskutierten Veränderungen ist das Modell



Claudia Schöning-Kalender



„Oranje Huis“ wie es seit einigen Jahre in Holland praktiziert wird: mit öffentlich bekannter Adresse (sichtbar und sicher), mit separatem Wohnraum für jede Frau mit oder ohne Kinder, und mit der Möglichkeit, auch Menschen aus dem persönlichen Umfeld der Frau, bis hin zu dem Gewalt ausübenden Partner, in die Beratung einzubeziehen. Ziel ist es in jedem Falle, die Gewalt zu

beenden und die Frau in ihrer freien Entscheidungsfindung zu stützen und zu stärken.

Die Frauenhäuser sind Kinder der Frauenbewegung und sie bewegen sich weiter...

Dr. Claudia Schöning-Kalender

## INTERNATIONALER GEDENKTAG

### FAHNENAKTION ZUM 25. NOVEMBER



Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch allgegenwärtig – in der Familie, auf der Straße, im Rahmen von Frauenhandel und in bewaffneten Konflikten. Im Rahmen der Aktion „Gewaltfrei leben“ werden jedes Jahr am 25. November bundesweit in vielen Städten Fahnen der Menschenrechtsorganisation für Frauen, TERRE DES FEMMES, gehisst. Auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) hat an diesem Tag anlässlich des Internationalen Tags zur

Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen ein deutliches Zeichen dagegen gesetzt und vor der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart eine Fahne entrollt.

In einer Pressemitteilung begrüßten die Sozialdemokratinnen ausdrücklich die geplante Reform des Prostitutionsgesetzes: „Frauenrechte sind Menschenrechte“, so die baden württembergische ASF Landesvorsitzende Anette Sorg, „und es ist nicht hinnehmbar, dass jeder Lebensmittelskandal mehr Aufmerksamkeit erregt als die systematische Verschleppung und Ausbeutung von Frauen in deutschen Städten.“ Deshalb muss ein Aufenthaltsrecht für (Zwangs-)Prostituierte ohne gerichtliche Aussagepflicht ebenso kommen wie systematische Kontrollen der Bordellbetreiber.

Anlässlich des Aktionstags forderte die ASF ebenfalls die Reform des §177 Strafgesetzbuch, das Gesetz zu sexueller Nötigung und Vergewaltigung. Bisher wird nur von einer Vergewaltigung ausgegangen, wenn der Täter Gewalt anwendet oder eine „gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben droht“. Durch diese sehr eng gefasste Definition gehen viele Täter nach wie vor straffrei aus.

„Am 25. November soll deutlich werden“, so die Landesvorsitzende Anette Sorg, „dass Frauen und Mädchen ein unveräußerliches Recht auf Wahrung ihrer Menschenrechte haben“.

## DIES UND DAS

### EUROPA-PARLAMENT BESCHLIESST GESCHLECHTERQUOTE FÜR AUFSICHTSRÄTE

Bis 2020 soll in den Aufsichtsräten börsennotierter Großunternehmen jedes Geschlecht zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Einen entsprechenden Richtlinienvorschlag verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg. „Der Anfang für mehr Gleichstellung in den Führungsetagen europäischer Großunternehmen ist gemacht“, freute sich die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt nach der Abstimmung des Europäischen Parlamentes über die EU-Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. „Heute wurde deutlich: Europa will mehr Gleichstellung in den Schaltzentralen der Wirtschaft. Nun muss der Rat seine ideologischen Scheuklappen ablegen“, so Gebhardt weiter.

Bisher sind lediglich 15,8 Prozent der Aufsichtsratsposten der größten börsennotierten Unternehmen von Frauen

besetzt. „Gerade bei den großen Unternehmen hält sich die gläserne Decke, die hochqualifizierten Frauen den Weg in die Führungsetage versperrt, hartnäckig. Das liegt teilweise auch an einem ordentlichen Maß an Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Aufsichtsratsposten. Damit muss Schluss sein“, forderte die SPD-Politikerin Evelyne Gebhardt. Die geplante Richtlinie sieht unter anderem Vorgaben für objektive und transparente Auswahlverfahren bei der Bestellung von Aufsichtsräten vor. Außerdem sollen erfolglose Kandidaten und Kandidatinnen die Besetzungsentcheidung für den Aufsichtsrat gerichtlich überprüfen lassen können.

„Eine ausgeglichene Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sie liegt auch im Interesse der

Unternehmen selbst“, argumentiert Evelyne Gebhardt. Laut einem Bericht der Europäischen Kommission werden 70 Prozent aller Ausgabenentscheidungen im Alltag von Frauen getroffen. Auf Druck der sozialdemokratischen Fraktion wurden mögliche Sanktionen für Unternehmen bei Nichteinhaltung der Quote verschärft. „Unternehmen, die nicht genügend für mehr Gleichstellung in ihren Führungsgremien tun, müssen Konsequenzen erwarten. Wir Sozialdemokraten konnten durchsetzen, dass Mitgliedstaaten künftig Unternehmen, die die Quote nicht umsetzen, von öffentlichen Ausschreibungen oder vom Erhalt europäischer Fördergelder ausschließen können“, sagte Evelyne Gebhardt.

„Auf den Druck der SPD in den Koalitionsverhandlungen hat mittlerweile auch die Union eingesehen, dass echte Gleichstellung mehr bedarf als gelegentlicher Sonntagsreden. Es wurde höchste Zeit, dass die Union ihre

Fundamentalopposition gegenüber der Geschlechterquote aufgibt und sich den gesellschaftlichen Realitäten stellt“, so Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Nach der Abstimmung wird die geplante Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften wieder Gegenstand von Verhandlungen im Ministerrat sein. Unter dem Druck der bisherigen Bundesregierung vertrat der Rat bisher die Ansicht, dass die von der Kommission gewählte Rechtsgrundlage für den Vorschlag nicht korrekt sei, und lehnt den Vorschlag daher vornehmlich aus formalen Gründen ab.

## PRIX WASSERFRAU

Seit 12 Jahren zeichnet die SBI (Sozialistische Bodensee Internationale) Frauenprojekte im Bodenseeraum, die sich um die Gleichstellung von Frauen und Männern besonders verdient gemacht haben, mit dem Prix Wasserfrau aus. Preisträger in diesem Jahr ist der Frauentreff Lila Distel aus Singen. Die Lila Distel wurde vor 25 Jahren unter dem Namen „Frauenstüble“ als offener Frauentreff gegründet, zu Zeiten als drei Jahre Elternzeit normal waren. Austausch und durch Selbsthilfe organisierte Weiterbildung standen zu Beginn im Vordergrund, nicht zuletzt um den späteren Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.

Die stellvertretende ASF-Landesvorsitzende Andrea Schiele hielt die Laudatio bei der Preisverleihung. Sie lobte die Energie der Frauen, die ein Netzwerk für sich und ihre Kinder geschaffen hätten. Mittlerweile kommen auch Frauen aus sozial schwierigen Verhältnissen in den offenen Treff. Das Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro will die Lila Distel für einen interkulturellen Treffpunkt für junge Mütter verwenden, der demnächst eröffnet werden soll.

## ZUM VORMERKEN

### WICHTIGE TERMINE 2014 – NOCH OHNE GEWÄHR

17.01.2014	ASF-Landesvorstand, Stuttgart
02.02.2014	ASF-Neujahrsempfang, Stuttgart
14./15.02.2014	Klausur ASF-Bundesvorstand
15.02.2014	DGB-Arbeitnehmerinnenempfang, Stuttgart
14.-16.03.2014	Klausur ASF-Landesvorstand
21.03.2014	ASF-Bundesvorstand, Berlin
22.03.2014	ASF-Bundesausschuss, Berlin
29.03.2014	SPD-Landesparteitag, Wiesloch
12.04.2014	ASF-Landesausschuss
30.05.2014	ASF-Bundesvorstand, Berlin
06.06.2014	ASF-Landesvorstand, Stuttgart
20.-22.06.2014	ASF-Bundeskonferenz, Karlsruhe
12.07.2014	ASF-Landesausschuss
05.09.2014	ASF-Landesvorstand, Stuttgart
12.09.2014	ASF-Bundesvorstand, Berlin

17.10.2014	ASF-Landesvorstand, Stuttgart
07.11.2014	ASF-Bundesvorstand, Berlin
08.11.2014	ASF-Bundesausschuss, Berlin
22.11.2014	ASF-Landesvorstand, Stuttgart
05.12.2014	ASF-Bundesvorstand, Berlin
12.12.2014	ASF-Landesvorstand, Stuttgart

Bitte merkt Euch insbesondere folgende Termine vor:

- a) Neujahrsempfang: am 02.02.2014, um 10:30 Uhr in Stuttgart mit Evelyne Gebhardt, Katrin Altpeter, Herta Däubler-Gmelin u.a.
- b) ASF-Bundeskonferenz vom 20. bis 22.06.2014 in Karlsruhe

Die Einladungen mit näheren Infos werden Euch rechtzeitig zugehen.

## 40 JAHRE ASF BADEN-WÜRTTEMBERG

### BROSCHÜRE IST ERSCHIENEN

Es ist tatsächlich wahr – die ASF feiert dieses Jahr ihr 40-jähriges Bestehen. Auf Bundesebene haben wir dieses Jubiläum mit einer Veranstaltung in Ludwigshafen würdig begangen. Wir in Baden-Württemberg haben den runden Geburtstag zum Anlass genommen und eine Broschüre herausgegeben, in denen frauenpolitisch relevante Ereignisse mit Menschen in Verbindung gebracht werden. Wir lassen 40 Jahre Politik von und für Frauen Revue passieren - in (fast) 40 persönlichen Geschichten, in denen sich ausdrückt, wie sehr das private eben auch politisch ist. An dieser Stelle bedanken wir uns

herzlich bei allen Frauen, die einen Beitrag zu dieser Broschüre geleistet haben. Die Broschüre kann bestellt werden bei Gudrun Igel-Mann (Tel. 0711/61936-37, Fax -20, E-Mail: [gudrun.igel-mann@spd.de](mailto:gudrun.igel-mann@spd.de))



## ALLE JAHRE WIEDER

### EIN ARBEITSINTENSIVES JAHR GEHT ZU ENDE

Ein arbeitsintensives Jahr geht zu Ende. Die ASF hat einiges bewegt in den letzten Monaten, aber es gibt auch noch viel für uns zu tun. Wir bedanken uns bei allen, die uns dabei unterstützt haben und es hoffentlich auch weiterhin tun werden.

*Der ASF-Landesvorstand und die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern des ASF aktuell frohe Weihnachtsfeiertage und ein gutes Neues Jahr 2014.*



### IMPRESSUM

Herausgeber  
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift  
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart  
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20  
[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann  
Fotos: SPD-Landesverband, SPD-Parteivorstand  
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, [www.ifk-berlin.org](http://www.ifk-berlin.org)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.